

Medien. Die Festnahme eines Journalisten in Wien und ein Eklat in Steyr erfüllen Reporter ohne Grenzen mit großer Sorge.

Mit Polizeiknüppel gegen Pressefreiheit?

VON FRITZ HAUSJELL UND MARTIN WASSERMAIR

Spezialkräfte der Polizei müssen im Einsatz jederzeit mit extremen Gefahren und unvorhersehbaren Situationen rechnen. Was aber geht ihnen durch den Kopf, wenn sie im Zuge einer Amtshandlung in Kampfmontur gegen Medienschaffende vorgehen, die lediglich von ihrem Recht auf Berichterstattung Gebrauch machen? Mit diesen Fragen muss sich auch Innenminister Gerhard Karner auseinandersetzen. Er offenbart dabei ein bedenkliches Verständnis davon, dass sich die Herstellung der öffentlichen Sicherheit nicht durch rechtsstaatliche Grundsätze und den Schutz journalistischer Arbeit beirren lassen darf.

Was war geschehen? Am 8. Oktober wurde der ukrainische Investigativjournalist Mykhailo Tkach, der erst vor Kurzem in Oslo den renommierten Free Media Award für mutige Recherchen gegen Korruption erhielt, gemeinsam mit seinem Kollegen Yaroslav Bondarenko in Wien festgenommen. Der Kameramann erlitt dabei schwere Verletzungen. Beide recherchierten zum Aufenthaltsort des früheren ukrainischen Generalstaatsanwalts Ruslan Kravchenko, dem in seinem Land schwerwiegende Verfehlungen vorgeworfen werden. Der Spionage- und der Terrorvorwurf gegen die Journalisten ließen sich nicht erhärten, sie kamen bald wieder frei.

Eine Woche zuvor reiste der freie Journalist Michael Bonvalot nach Steyr, wo bei Kundgebungen seit Jahren Verschwörungserzählungen und rechtsextreme Ideologien propagiert werden. Für Bonvalot endete die Recherche mit einer rüden Festnahme. Den Anspruch, die Demonstration im Sinne der Pressefreiheit ungehindert journalistisch zu begleiten, wiesen die Einsatzkräfte zurück. Bonvalot wurde - so hat es den Anschein - auf Wunsch der Demo-Verantwortlichen für die Dauer des Aufmarsches (vier Stunden)

festgehalten. Obwohl er sich mit einem Presseausweis legitimiert hatte, nannte ihn die Polizei in ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen „angeblichen Journalisten“.

Thibaut Bruttin, Generaldirektor von Reporter ohne Grenzen International, zeigt sich beunruhigt: „Die Frage, inwieweit Journalistinnen und Journalisten bei der Ausübung ihres Berufs auf den Schutz der Polizei vertrauen können, ist für die Beurteilung der Pressefreiheit von grundlegender Bedeutung. Dass Medienschaffende selbst Opfer von Polizeigewalt geworden sind, erfüllt uns mit großer Sorge.“

Attacken auf Journalisten

Bei vielen Kundgebungen der letzten Jahre kam es in Österreich zu Attacken von zumeist Rechtsextremen gegen recherchierende Journalistinnen und Journalisten. Die österreichische Sektion von Reporter ohne Grenzen hat dies wiederholt öffentlich kritisiert und eingefordert, dass nicht nur das Grundrecht Demonstrationsfreiheit von der Polizei geschützt wird, sondern ebenso überzeugend das Grundrecht der Pressefreiheit, also die ungefährtete Berichterstattung über öffentliche Kundgebungen.

Nach dem Eklat in Steyr wird Karner hoffentlich Zeit finden, um über bessere Lösungen für die Zukunft mit uns zu sprechen. Der Innenminister muss jedenfalls sicherstellen, dass nicht der Korpsgeist der Polizei, sondern die demokratische Verpflichtung zum Schutz der Pressefreiheit das Handeln seiner Behörde bestimmt. Journalistinnen und Journalisten dürfen bei ihrer Arbeit nicht zum Sicherheitsrisiko erklärt oder durch unverhältnismäßige Polizeimaßnahmen behindert werden. Ansonsten droht Österreich 2027 im RSF-Ranking der Pressefreiheit ein erneuter Abstieg.

Fritz Hausjell ist Präsident, **Martin Wassermair** Generalsekretär der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) in Österreich.



Josef Grünwidl will in erster Linie „Seelsorger, Brückenbauer und Teamplayer“ sein. APA / Erzdiozese Wien / Schönlaub

Ein Glücksfall für Wien: Erzbischof Josef Grünwidl

Kirche. Vor genau einem Jahr wurde Josef Grünwidl zum Erzbischof ernannt. Seine erste Sorge: Wie kann der Glaube heute lebendig bleiben?

VON ANDREAS R. BATLOGG

Wir werden weniger, aber nicht weniger wichtig“. Der Satz fiel oft von ihm in den ersten Monaten - eine realistische Einschätzung, was die schrumpfenden Katholikenzahlen angeht. Er hat bisher überall „bella figura“ gemacht, der neue Wiener Erzbischof.

Vor einem Jahr, am 17. Oktober 2025, wurde Josef Grünwidl von Leo XIV. zum Erzbischof von Wien ernannt. Zeitgleich mit der Annahme des (überfälligen) Rücktrittsgesuchs von Kardinal Christoph Schönborn an seinem 80. Geburtstag (22. Jänner), hatte ihn Papst Franziskus zum Apostolischen Administrator ernannt. Papst statt Domkapitel: Das zwölköpfige Domkapitel (dem Grünwidl nicht angehörte) wurde so übergangen. Es hätte einen Übergangsleiter aus den eigenen Reihen gewählt.

Otto Friedrich, ehemals stellvertretender Chefredakteur der „Furche“, nannte den Coup in der

„Herder Korrespondenz“ („Österreich: Das große Aufatmen“) „ein kirchenpolitisches Husarenstück Schönborns“. Außerhalb der Erzdiozese weitgehend unbekannt, innerhalb als Bischofvikar des Vikariats Süd und geschäftsführender Vorsitzer des Priesterrats ebenso beliebt wie anerkannt und nach Stationen als Kaplan, Jugendseelsorger, bischöflicher Sekretär sowie als Pfarrer und Dechant ist Grünwidl ein passionierter Seelsorger, der auch als Bischof in erster Linie „Seelsorger, Brückenbauer und Teamplayer“ sein will - eine Formulierung, die sich sogar im Ernennungsdekret von Leo XIV. wiederfindet.

Ein Seelsorger für Wien

Der Dominikanerprofessor Schönborn hatte im Vorfeld betont: „Wien braucht jetzt seinen Seelsorger.“ Seit 1991 Weihbischof, holte er ihn, als er den mit Missbrauchsvorwürfen konfrontierten Kardinal Hans Hermann Groër im September 1995 als Erzbischof ablöste, als seinen Se-

kretär ins Erzbischöfliche Palais - eine markante Zäsur für den damaligen Diözesanjugendseelsorger.

Gegen seine Ernennung hat sich Grünwidl lange gewehrt, spürte aber in symbolträchtigen neun Monaten als Interimsleiter, dass er der Wunschnachfolger vieler ist. Deswegen rang er sich dazu durch, ja zu sagen: Er sei „nicht perfekt, aber verfügbar“. Andere Namen kursierten monatelang. Grünwidl ist zweifellos die beste Wahl und ein Glücksfall für Wien - und für Österreich. Er muss lange Liegegebliches angehen und wird dabei nicht nur auf Zustimmung stoßen. Personelle wie finanzielle Ressourcen gehen spürbar zurück. Mit 63 ins Amt gekommen, kann er, anders als König und Schönborn, die beide fast drei Jahrzehnte die Last der Verantwortung trugen, keine „Ära“ schaffen. Aber die Herausforderungen haben es in sich.

Grünwidl kann theologische Sachverhalte ebenso wie spirituelle Wahrheiten auf den Punkt bringen. „Nur wer innerlich

PIZZICATO

Open Mundl: Österreich baut KI

Die österreichische Bundesregierung plant, eine eigene KI zu entwickeln - nach der Online-Plattform „Kaufhaus Österreich“ möchte man wieder digitale Leadership zeigen. Innerhalb der Koalition ist allerdings bereits der erste Streit darüber entbrannt. So fordert die SPÖ, dass auch für die Bundes-KI die Datenpaketsteuer gilt. Die ÖVP dagegen will, dass bei der KI im virtuellen Raum ein Kreuz aufgehängt werden muss. Die Neos wiederum bestehen darauf, dass auch die KI im System zu sparen hat. Aber auch die Opposition meldet Bedenken an. So hat die FPÖ bereits eine Anfrage gestellt, ob die KI Freimaurer ist. Die Grünen hingegen regen an, statt des dafür nötigen Datencenters lieber ein Gartencentre einzurichten.

Abseits inhaltlicher Differenzen gibt es aber auch noch Abstimmungsbedarf beim Namen der heimischen KI. Während die ÖVP für „Open Alois“ eintritt, votiert die SPÖ für „KreiskI“. Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger schlägt „Open Murks“ vor und warnt, dass sie nach Start der KI ohnehin darauf drängen werde, sie abzuwenden.

Ein Vorschlag aus Wien gilt aber nun als Favorit: „Open Mundl“. Eh kloa, schallt es bereits voller Begeisterung durch das Parlament. Die Mundl KI wird dem Land einen Ruck versetzen, dass ihm vierzehn Tog lang der Schädel wackelt. Auch einen Slogan zur Vermarktung hat man bereits gefunden: „Mei KI is ned deppat!“ Derzeit gibt es allerdings noch Anfangsschwierigkeiten. Auf jede Frage antwortet die KI nur: „Bist du so deppat oda stöbst di nua so?“ (eko)

E-Mails an: erich.kocina@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Vertreibung des Lateinischen

„Uni-Budgetverhandlungen in heiße Phase eingetreten“, v. E. Hofer, 15.10.

Auch ich bin wie die pt Mitglieder der Universitätenkonferenz (UniKo) Universitätsprofessor, und zwar von der Sorte emer. o. Univ.-Prof., vertrete aber hinsichtlich der universitären Pflege des Lateinischen eine radikal andere Meinung.

Die weitgehende Vertreibung des Lateinischen aus den Köpfen der höchstgebildeten Bürger dieses Landes führt à la longue zu einer überaus bedauerlichen Absenkung des allgemeinen Kultur-, Wissens- und Bildungsniveaus Österreichs, von dem immerhin gut und gern 80 % Teil des alten Römerreichs waren. Das Lateinische bildete

durch 2000 Jahre die omnipräsente Basis unseres Bildungskanons.

Daher sollten wenigstens die höchstgebildeten Schichten unserer Heimat davon eine „organische“ Ahnung haben. Und genau diese wird nur durch eine „korrekte“ Pflege des Lateinischen (und aller damit verbundenen Kulturgüter und -Fakten) im sekundären und primären Schulwesen garantiert, die beide ja miteinander vernetzt sind. Wenn die Kahlschlag-Pläne der UniKo umgesetzt werden, wird nämlich früher oder später die Stellung des Lateinischen auch an den Gymnasien erschüttert werden und dieses daher auch dort verschwinden. Daher: initiis obsta!
Prof. Dr. Hans Goebl, 5400 Hallein

Mündige Bürger neu

„Klarerweise bin ich links, das ist der Fortschritt“, v. Oliver Pink, 15.10.

Gerne kann ich dem Herrn BM für Finanzen, wie gewünscht, eine gute Antwort auf seine Frage zur

Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters anbieten:

Dieses einfach abschaffen!
Jeder kann in Pension gehen, wann er will. Zum gewünschten Zeitpunkt wird die für die Pension eingezahlte Summe, unter Zurechnung aller gesetzlich vorgesehenen Zuzahlungen, durch die zu diesem Zeitpunkt statistisch erhobene Lebenserwartung dividiert. Dann entscheidet der Bürger, ob er mit der daraus errechneten monatlichen Pension auskommen möchte oder nicht. Im zweiten Fall muss er weiter arbeiten.

Vielleicht wäre das auch der, für alle Parteien gesichtswahrende, Ausweg aus der jahrelangen festgefahrenen Diskussion und ein Beitrag zum Thema der mündige Bürger neu?

Dr. Herbert Eder, 5071 Wals

Appell an die Vernunft

„Prüfer rügen Jet-Kauf im Bundesheer“, v. Daniel Bischof, 13.10.

brennt, kann leuchten“: Der Satz fiel in der Aschermittwochspredigt im März 2025, damals war er Apostolischer Administrator. Anfang Dezember – Grünwidl war mittlerweile ernannter Erzbischof – wurde er von der Gesellschaft für österreichisches Deutsch (GSÖD) zum positiven Spruch des Jahres 2025 gekürt. Die Resonanz zeigt: Dieser Bischof trifft den Ton.

Heikle Personalie Toni Faber

Jetzt fragen viele: Setzt er auch Themen? Mischt er sich in gesellschaftliche Debatten ein? Viele erwarten das – zu Recht. Grünwidl ist kein klerikaler Apparatschik. Er ist aber auch nicht nur „der liebe Pfarrer von nebenan“, als den ihn manche hinstellen. Mit dem Stockerauer Pfarrer Andreas Kaiser, der wie er selbst geschäftsführender Vorsitzender des Priesterrats war und sich als Troubleshooter einen Namen machte, holte er sich einen erfahrenen Seelsorger als Generalvikar an seine Seite. Drei Frauen beraten ihn im Bischofsrat. Das Signal: Kompetenz zählt, nicht Weihe. Auch die heikle Personalie Toni Faber ging er an und ließ sich dabei nicht vom Boulevard einschüchtern, der den „Society-Löwen“ und legendären Wiener Dompfarrer hofiert.

„Altlasten“ des Kardinals, der in den letzten Jahren keine weitreichenden Entscheidungen mehr treffen wollte, gehören dazu. Grünwidl machte klar: „Ich habe nicht vor, in seinen Fußstapfen zu gehen. Ich habe vor, meinen Weg zu gehen, in meinen Fußstapfen zu gehen. Ich bin nicht Christoph Schönborn, sondern Josef Grünwidl. Und ich werde das auf meine Art und Weise machen.“

Konservativen Kreisen dürfte ein Bischof, der sich Weiheämter für Frauen oder eine Freistellung des Zölibats (hier liegt eine Tragik in der Causa Faber) vorstellen kann, nicht unbedingt schmecken. Grünwidl ist Realist genug zu wissen, dass diese Fragen nicht in Wien, sondern in Rom entschieden werden. Er will sich aber auch nicht verbiegen lassen und wird seine Anliegen dort, mit synodalem Rückenwind, deponieren: „Könnte sich da nicht etwas ändern? Ich meine, es sollte

DER AUTOR



Andreas R. Batlogg (*1962) ist Jesuit und Theologe. Er war Chefredakteur der „Stimmen der Zeit“ und Leiter des Karl-Rahner-Archivs in München. Seit Mai 2025 lebt der Buchautor und Publizist in Wien.

sich etwas ändern.“ Vernetzungen und Allianzen auf europäischer Ebene werden nötig sein.

„Für euch Bischof, mit euch Christ“: Dieses Augustinus-Wort ist ihm Kompass. Genauso wie sein beim Märtyrerbischof Ignatius von Antiochien, an dessen Gedenktag seine Ernennung erfolgte, entliehener Wahlspruch: „Nehmt Gottes Melodie in euch auf“ („Melodiam Dei recipite“). Grünwidl hat neben Theologie auch Konzertorgel studiert. Seine ureigenste Aufgabe als Hirte sieht er darin, „Gottes Melodie, die Partitur des Evangeliums, im eigenen Leben und in vielen anderen Menschen zum Klingen bringen“ zu helfen. Er sagte auch dazu, wie: „symphonisch und synodal vielstimmig – innerkirchlich, aber auch im ökumenischen und interreligiösen Dialog und durch Allianzen mit Menschen guten Willens, lebendig und kraftvoll“. Wenn das keine Ansage war! Er tut es: ohne klerikale Plattitüden, ohne Pastoraljargon oder mit frömmelnder Sprache. Man horcht auf, wenn er sich zu Wort meldet.

Baustellen gibt es nicht wenige. Etwa das „Medienhaus“ der Erzdiözese, zu dem das defizitäre, sich mit Spenden über Wasser haltende „Radio Klassik Stephansdom“, der Wiener Dom-Verlag und die Kirchenzeitung „Der Sonntag“ gehören. Dieses und weitere „heiße Eisen“ muss der Erzbischof angreifen.

Brücken, nicht Mauern

In die Tagespolitik wird sich Grünwidl nicht einmischen. Aber er wird seine Stimme erheben, wo ausgegrenzt oder gehetzt wird, wo die Bibel vereinnahmt wird – das geschah in seinem ersten Amtsjahr nicht nur jenseits des Atlantiks, sondern auch hierzulande, wenn an das „christliche Abendland“ appelliert wird, um Ausländer, Andersdenkende oder Anderslebende zu marginalisieren. Aufhorchen werden politische Akteure auch, wie er das tut: als einer, der Brücken bauen, nicht Mauern errichten will.

Grünwidl will kein „taktstockschwingender Bischof“ und „Alleinunterhalter“ sein. Er setzt auf Partizipation: „Der Bischof hat nur dann etwas zu sagen, wenn er vorher zuhört. Und er kann nur lehren, wenn er auch bereit ist zu lernen.“ Seine erste Sorge – das betonte er wiederholt – sind nicht Strukturfragen oder kirchliche Reiz- und Reformthemen, sondern: Wie kann der Glaube heute lebendig bleiben? Leadership heißt auch: Macht nutzen, um andere zu ermächtigen, ihre Ideen wahrnehmen und schätzen. Das in einem umfangreichen synodalen Prozess entwickelte Leitbild der Erzdiözese wird es zeigen.

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER

Politik in Zeiten der Unsicherheit: Alte Rezepte neu gedacht

Warum die Demokratie derart unter Druck geraten ist und was die Krise der Trio-Koalition, jene der SPÖ und der Hang zum Autoritären damit zu tun hat.



Die SPÖ hat sich dieses Wochenende offenbar dem englischen Motto „Fake it till you make it“ verschrieben. Die Bundespartei will sich selbst überlisten und „so tun, als ob“ sie noch ein stabiler Koalitionspartner wäre und es in gegebener Zeit mit oder ohne Finanzminister Markus Marterbauer auch sein könnte.

Diese Methode der Selbsttäuschung kann mitunter in einer ruhigen Phase gelingen, in der man Zeit hat, anderen so lange Selbstbewusstsein und Kompetenz vorzutäuschen, bis man selbst daran glaubt und andere davon überzeugt hat. In Zeiten wie diesen, in Zeiten der Unsicherheit also, der globalen, der europäischen, der österreichischen, erfordert sie besondere Anstrengung.

Für einen Imagewechsel dürfte es nach der Entscheidung für ein Trio in der Parteiführung mit Andreas Babler, Eva-Maria Holzleitner und Philip Kucher aber zu spät sein. Dieser wäre nur bei einer kompletten Neuaufstellung und entschlossenem Handeln der Landesparteivorsitzenden eventuell möglich gewesen. Aber wie oft soll man noch darauf hinweisen müssen?

Es gibt auch in der Politik so etwas wie eine Unzeit, in der nichts gelingen will und sich alles und alle gegen einen verschworen haben. Mit einer solchen haben in Europa gerade alle sozialdemokratischen Parteien zu kämpfen. In der SPÖ wird es sicher so manchen Beschäftigungsfunktionär geben, der auf Deutschland verweist. Dort hat dieser Tage der Rücktritt der Co-Vorsitzenden der SPD, Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas, die Partei ebenfalls in eine Krise und die Koalition CDU/SPD in die Defensive gestürzt. Zwar hat Bas ihren Rückzug von beiden Ämtern mit ihrer Trauer um den Tod einer Stieftochter begründet, aber eben auch mit Angriffen aus den Reihen der CDU. Nun stellt sich heraus, dass ein Jungpolitiker der SPD Kritik an der „langsam“ Amtsführung geübt, aber ausdrücklich gebeten hat, Bas als Person nicht zu erwähnen.

Die Suche nach einer neuen SPD-Führung könnte ähnlich viel Energie aus

der Regierungsarbeit absaugen wie jene der SPÖ in Österreich. Da kann das Trio in Wien noch so oft von Handlungsfähigkeit, Stabilität, Geschlossenheit und Reformfreudigkeit sprechen. Es hat sich nicht nur in Österreich, aber auch hier, die Meinung, privat wie öffentlich, verfestigt, dass die Zeit der Sozialdemokratie vorläufig oder endgültig vorbei sei.

Das stellt sich dann so dar: Die SPÖ sei nach ihrem Absturz von 31 Prozent in den Umfragen 1999 (33,1 % Wahlergebnis) auf 15 Prozent jetzt nicht mehr zu retten und die FPÖ als neue Kanzlerpartei nicht mehr zu verhindern.

Wer sich dieser Vorhersage nicht nur in den Medien oder der privaten Umgebung und sogar der Koalitionsparteien verschrieben hat, könnte als Bestätigung seiner kleinsten Sichtweise einen Artikel des deutschen Liberalen Ralf von Dahrendorf in der deutschen Wochenzeitschrift „Die Zeit“ aus dem Jahr 1997 heranziehen. Unter dem Titel „An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert“ warnte Dahrendorf, dass der Zwang zur Globalisierung und der Zwang zu wirtschaftlichem Wachstum den sozialen Zusammenhalt und Demokratien unter Druck setzen werden. Insofern hat Dahrendorf das Elend der Politik in Zeiten der Unsicherheit vorhergesehen.

Dahrendorf „predigte“ vor fast 30 Jahren, was heute als Lösung in Schlagworten herungereicht wird: Regulierung, wo notwendig, Rechtssicherheit, Bildung, soziale Absicherung, funktionierende Verwaltung und aktive Bürgerbeteiligung. Wählern müsse die Angst vor sozialem Abstieg und die Hilflosigkeit dem politischen Geschehen gegenüber genommen werden.

Mitunter entsteht in Österreich jetzt der Eindruck, als sei der Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt, mit der Krise der SPÖ und der Ungewissheit der Regierung schon erreicht. Tatsache aber ist, dass beide aus ihrer Defensive heraus müssen. Die drei Koalitionsparteien können ja „so tun, als ob“. Dazu müssten sie sich nur die notwendige Glaubwürdigkeit verschaffen und genügend Zeit geben.

Zur Autorin: Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien. www.diepresse.com/rohrer



Es gibt auch in der Politik so etwas wie eine Unzeit, in der nichts gelingen will. Mit einer solchen haben in Europa gerade die sozialdemokratischen Parteien zu kämpfen.

Am Montag in „Quergeschrieben“: Sibylle Hamann

Offensichtlich ist es unseren Militaristen und Kriegstreibern mit Hilfe der öö. Wirtschaftslobby gelungen, sowohl die Öffentlichkeit als auch alle Kontrollinstanzen zu überumpeln und im Handstreich einen Vertrag mit den Italienern für die Lieferung von 12 Stück völlig veralteter Unterschall-Kampffjets zu unterschreiben. Wie wir alle täglich wahrnehmen, benötigt die moderne Kriegsführung – siehe Ukraine – ein völlig anderes Verteidigungskonzept. Zu allem Überflus soll dieser Krempel zusammen mit einem Trainingscenter in Hörsching, mitten im dicht besiedelten öö. Zentralraum, stationiert werden. Nicht nur der zu erwartende unerträgliche Lärm bei der Übung von Alarmstarts, sondern auch die Tatsache, dass Militärflughäfen immer zuerst bombardiert werden, löst große Verunsicherung bei der Bevölkerung aus.

Das Ganze ist zusammen mit den Investitionen am Boden mit etwa drei Mrd. Euro budgetiert,

wobei niemand weiß, woher die Mittel für das Kriegsspielzeug kommen sollen. Mein dringender Appell an die Vernunft: Tretet unverzüglich von diesem irrwitzigen Vertrag mit den Italienern zurück und entfernt die Rüstungslobby von unseren Steuertöpfen!

Mag. Georg Windner, 4063 Hörsching

Nicht dem „Opferfeminismus“ verfallen

„Causa Weißmann ...“, „Quergeschrieben“ v. R. Schwaiger, 14.10.

Ich ziehe meinen Hut vor Rosemarie Schwaiger, die – als Frau – nicht dem „Opferfeminismus“ verfallen ist und objektiv berichtet, im Gegensatz zu manchen ihrer Geschlechtsgenossinnen.

Als Jurist bin ich entsetzt, wie etwa eine „Falter“-Journalistin beharrlich neue Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft gegen die betreffende Mitarbeiterin einfach nicht wahrhaben will, wobei

natürlich für alle Beteiligten weiterhin die Unschuldsvermutung gilt. Insbesondere sollte die Rolle des Pius S. in der ganzen Sache genau geklärt werden, wie auch seine Pensionsregelung. Die Gebührenzahler haben wohl ein Recht darauf. Wer zahlt, befiehlt.

Dr. Erich Pitak, MBA, 1130 Wien

In Wirklichkeit sind alle Beteiligten erschöpft

„EU hat nur warme Worte für die Ukraine“, v. O. Grimm, 14.10.

In Wirklichkeit sind alle Beteiligten erschöpft: Länder mit starker ukrainischer Anzahl von Expats, welche noch dazu „Privilegien“ genießen (siehe Wien), das EU-Budget, das EU-Elektorat flächendeckend. Und natürlich die Ukraine selbst. Die letzte Hoffnung ist, dass es Putin in Wirklichkeit schlechter geht als kommuniziert!

Lange wird es eine massive Unterstützung seitens EU nicht

mehr geben, das ist die harte Realität.

Richard Ramsauer, 8611 St. Katharein

Bitte, komm zurück!

Zu den Karikaturen von Peter Kufner

KUF, meine tägliche Freude, wohin bist Du entschwunden? Bitte, komm zurück an Deinen angestammten Platz! Em. o. Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Walde, Innsbruck

Sichere Lösungen für Gehende und Radfahrende

„Früher standen dort Parkbänke“, LB v. E. Agstner, 15.10.

Mit Befremden lese ich den Leserbrief, in dem „eilige Speichenfaschisten“ angeblich „alles niederklingeln, was sich bewegt“. Eine Fahrradklingel kann warnen, aufmerksam machen, manchmal auch auf die Nerven gehen. Was hat das mit einer menschenverach-

tenden, gewalttätigen Ideologie zu tun?

Dass die Redaktion diese Beschimpfung abdruckt, befremdet mich ebenso. Die Diskussion um den Opernring braucht sichere Lösungen für Gehende und Radfahrende. Wer solche Feindbilder verbreitet, vergiftet die Debatte und verharmlost den Faschismus.

Dr. Barbara Laimböck, 1010 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Redaktion Leserbriefe: Mag. Tina Stani, Mag. Barbara Büchel
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.